

GROSSER RAT

Junisession 2023

Auftrag Adank betreffend wirksame Mittel gegen Beschaffungskriminalität

Die Aussage der Regierung auf die Fraktionsanfrage der SVP betreffend "Beschaffungskriminalität im Raum Chur", wonach sich die Situation auf dem Gebiet der Stadt Chur generell nicht verschlechtert habe und die Szene im Stadtpark seit zwei Jahren auf hohem Niveau stabil sei, steht in grossem Kontrast zu Mitteilungen der Kantonspolizei, des Vereins Überlebenshilfe sowie der Stadt Chur.

Die Zahlen aus dem Reporting Drogenszene der Stadt Chur sprechen dabei eine überaus deutliche Sprache: Sowohl die Einsätze der Stadtpolizei auf Meldung wie auch die Spritzenfunde haben sich gegenüber dem Vorjahr praktisch vervierfacht, die Anzahl Personen ohne festen Wohnsitz hat sich verdoppelt und die Anzahl Personen im Stadtpark hat in diesem Zeitraum gemäss Angaben des Vereins Überlebenshilfe und der Stadtpolizei um rund 20 bis 30 Prozent zugenommen. Diese Zahlen werden dem Kanton monatlich zugestellt.

Gemäss Medienmitteilung des Kantons und Präsentation der Kantonspolizei zur Kriminalitätsstatistik 2022 vom 17. März 2023 hängt die Deliktzunahme bei strafbaren Handlungen vor allem mit der Beschaffungskriminalität der wachsenden Churer Drogenszene zusammen, welche «den Konsum über Delikte finanziere». Gemäss Aussage eines Verantwortlichen der Kantonspolizei schädigten einzelne Personen aus der Drogenszene 40 bis 50 Personen bis etwas geschehe. Die Kantonspolizei wäre durchaus froh, wenn das Gesetz mehr Mittel zulassen würde.

Zu bemerken ist, dass sowohl Fachleute wie auch (ehemalige) Betroffene darauf hinweisen, dass sich auch für die suchterkrankten Menschen durchaus Chancen ergeben, wenn sie eher früher als später in den Strafvollzug gehen müssen. Dies gibt ihnen eine Auszeit, welche immer wieder für einen Ausstieg aus dem Teufelskreis der Sucht genutzt werden kann.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung, die Massnahmen gegen die Beschaffungskriminalität der Drogenszene deutlich zu verstärken. Dies soll einerseits durch grösstmögliches Ausnützen des bestehenden gesetzlichen Rahmens erfolgen. Andererseits soll die Regierung allenfalls notwendige gesetzliche Anpassungen vorschlagen, um den Strafverfolgungsbehörden mehr Mittel in die Hand zu geben.

Klosters, 15. Juni 2023

Adank, Degiacomi, Crameri, Bärtsch, Berweger, Bisculm Jörg, Brandenburger, Bundi, Butzerin, Candrian, Casutt, Cola Casaula, Cortesi, Della Cà, Dietrich, Dürler, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Heini, Hoch, Hohl, Hug, Kappeler, Koch, Krättli, Lehner, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger, Morf, Natter, Oesch, Rauch, Rettich, Righetti, Roffler, Sgier, Stocker, Thür-Suter, von Ballmoos, Walser



Sitzung vom

29. August 2023

Mitgeteilt den

31. August 2023

Protokoll Nr.

700/2023

Auftrag Adank

betreffend wirksame Mittel gegen Beschaffungskriminalität

Antwort der Regierung

Zu Punkt 1: Mit dem Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) und der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) ist das massgebende Recht soweit für die vorliegende Fragestellung relevant auf Bundesebene geregelt. Kantonale gesetzliche Regelungen, die dem widersprechen, sind unzulässig. Gemäss Bundesrat reichen die Instrumente, welche die StPO vorsieht, aus, um Straftaten rasch und effizient zu beurteilen. Die langjährige Praxis zeige, dass insbesondere im Rahmen des Strafbefehlsverfahrens (Art. 352 ff. StPO) durchaus ein eigentliches "Schnellverfahren" durchgeführt und innert kürzester Zeit ein Strafbefehl erlassen werden kann (vgl. Antwort des Bundesrats vom 14. August 2019 zur Motion 19.3433: Nationalrat Jean-Luc Addor: Schaffung von Schnellgerichten in der Schweiz). Gemäss Bundesrat besteht im Bundesrecht kein Handlungsbedarf, was der Nationalrat am 9. Dezember 2020 bezüglich der Motion Addor bestätigt hat.

Zu Punkt 2: Den bestehenden gesetzlichen Rahmen nützen die kantonalen Behörden aus, wobei die rechtsstaatlichen und strafprozessualen Standards gewährt werden müssen. Die Staatsanwaltschaft ist bestrebt, die im vorliegenden Auftrag erwähnten Fälle zügig zu behandeln. Sie bringt die verzeigten Fälle nach Möglichkeit zum Abschluss, selbst wenn bekannt ist, dass gegen die betreffende Person noch weitere Fälle pendent sind. Die Verfahren können damit schneller erledigt und die betreffenden Personen rascher in den Strafvollzug versetzt werden, sofern eine (unbedingte) Freiheitsstrafe zu fällen ist. Bei Fällen, die nicht mittels Strafbefehl erledigt werden können, kann in zeitlicher Hinsicht aufgrund von rechtsstaatlichen Vorgaben nur beschränkt Einfluss genommen werden.

Zu Punkt 3: Die Untersuchungshaft wird immer geprüft und wenn immer möglich beantragt, um weitere Delikte zu verhindern und die Personen von der Strasse zu holen. Die Anforderungen an den in diesen Fällen wesentlichen Haftgrund der Wiederholungsgefahr sind hoch. Selbst mehrere Dutzend Vermögensdelikte, und selbst wenn der Deliktsbetrag hoch ist und auch Sachbeschädigungen oder Hausfriedensbrüche dazu kommen, reichen nach den bundesrechtlichen Vorgaben und der dazu ergangenen Rechtsprechung i.d.R. nicht aus für die Genehmigung der Untersuchungshaft. Beim vorzeitigen Strafvollzug ist neben dem Tatverdacht ein besonderer

Haftgrund und das Einverständnis bzw. der Antrag der beschuldigten Person erforderlich. In einigen Fällen ist es damit gelungen, die Personen für eine gewisse Zeit von der "Gasse" fern zu halten.

Zu Punkt 4: Für eigentliche "Schnellverfahren" müssen der Sachverhalt einfach und die Beweislage eindeutig sein. Bestehen bereits Vorstrafen, was oft der Fall ist, kann nicht mehr von einem einfachen Sachverhalt gesprochen werden. Weil die Strafe vom Vorleben abhängt, müssen entsprechende Abklärungen getätigt werden. Offene Verfahren in anderen Kantonen schliessen solche Verfahren oft aus, weil zuerst der Gerichtsstand geklärt werden muss. Für Ladendiebstähle und gewisse Fälle aus dem Betäubungsmittelbereich werden sogenannte Kompaktrapporte erstellt, die i.d.R. bereits heute schnell zu einer Verurteilung führen. Jedoch führt eine Verurteilung nicht automatisch und unmittelbar zum Strafvollzug.

Zu Punkt 5: Die Stadtpolizei Chur und die Kantonspolizei haben ab August 2023 ihre Präsenz und Kontrolltätigkeit im und um den Stadtpark nochmals erhöht. Verstärkte Kontrollen können jedoch zu einer Verlagerung und/oder Zersplitterung der Szene führen, was wiederum mit negativen Effekten verbunden sein kann. Zudem bedingt die Kräftekonzentration der Polizei einen Verzicht auf andere Tätigkeiten. Mittel- und längerfristig ist dies mit dem jetzigen Personalbestand aller beteiligten Strafverfolgungsbehörden nicht zu leisten. Das gesellschaftliche Grundproblem von Suchterkrankungen mit allen Folgeerscheinungen kann durch Repression allein nicht gelöst werden. Zielführender wäre die Konzentration von Personal und Ressourcen in Prävention und die Massnahmen, die derzeit vom Kanton und der Stadt Chur gemeinsam aufgelegt werden (z.B. Kontakt- und Anlaufstelle, Konsumraum usw.) Wir verweisen diesbezüglich auch auf die Antwort der Regierung zur Fraktionsanfrage SVP betreffend Beschaffungskriminalität Region Chur vom 25. April 2023 (Prot. Nr. 367/2023). Repression kann nur ein Teilaspekt zur Lösung der Beschaffungskriminalität sein. Die Situation kann nur durch gesamtheitliche Massnahmen verbessert werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern:

Die Regierung wird beauftragt, a) die notwendigen Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, welche die Säule "Repression" der Viersäulenstrategie Drogenpolitik dauerhaft stärken, b) bei Bedarf die dafür zusätzlich notwendigen personellen Ressourcen zu beantragen, c) ohne aber insgesamt die Säulen Prävention, Therapie und Schadensminderung zu schwächen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da zercladur 2023

Incumbensa Adank concernent meds legals efficazis cunter la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas

En la resposta a la dumonda da la fracziun da la PPS concernent «la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas en la regiun da Cuira» explitga la Regenza, che la situaziun sin il territori da la citad da Cuira na saja betg sa pegiurada e che la scena en il Stadtpark saja dapi 2 onns stabila sin in aut nivel. Questa explicaziun stat en in ferm cuncontrast cun las comunicaziuns da la Polizia chantunala, da l'Uniun per l'agid da survivenza sco er da la citad da Cuira.

Las cifras en il reporting «scena da drogas» da la citad da Cuira demussan cler e net: En cumparegliaziun cun l'onni avant èn tant las acziuns da la Polizia da la citad sin annunzia sco er il dumber da las squittas chattadas sa quadruplads, il dumber da persunas senza domicil fix è sa dublegià ed il dumber da persunas en il Stadtpark è s'augmentà durant questa perioda per var 20 fin 30 pertschient tenor las indicaziuns da l'Uniun per l'agid da survivenza. Questas cifras vegnan consegnadas mintga mais al chantun.

Tenor la comunicaziun a las medias dal chantun e tenor la preschentaziun da la Polizia chantunala davart la statistica da criminalitad 2022 dals 17 da mars 2023 ha l'augment dals delicts tar ils acts chastabels oravant tut in connex cun la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas da la scena da drogas da Cuira creschenta, che «finanzieschia il consum sur delicts». Tenor l'explicaziun d'ina persuna responsabla da la Polizia chantunala fetschian singulas persunas ord la scena da drogas donn a 40 fin 50 persunas, fin ch'insatge capitia. La Polizia chantunala fiss zunt cuntenta, sche la lescha permettess dapli meds legals.

Isto vegnir remartgà, che tant persunas spezialisadas sco er persunas pertutgadas (anteriuramain) fan attent, ch'i resultan tutttavia schanzas per las persunas cun ina dependenza da drogas, sch'ellas ston plitost pli baud che pli tard entrar en l'execuziun da chastis. Quai las dat ina pausa che po adina puspè vegnir nizzegiada per sortir dal circol viziuz da la dependenza.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan la Regenza da rinforzar cleramain las mesiras cunter la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas da la scena da drogas. Quai duai succeder d'ina vart cun trair a niz il meglier pussaivel il rom legal existent. Da l'autra vart duai la Regenza proponer eventualas adattaziuns necessarias da leschas per metter a disposiziun a las autoritads da persecuziun penala dapli meds legals.

Claustra, ils 15 da zercladur 2023

Adank, Degiacomi, Cramer, Bärtsch, Berweger, Bisculm Jörg, Brandenburger, Bundi, Butzerin, Candrian, Casutt, Cola Casaulta, Cortesi, Della Cà, Dietrich, Dürler, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Heini, Hoch, Hohl, Hug, Kappeler, Koch, Krättli, Lehner, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger, Morf, Natter, Oesch, Rauch, Rettich, Righetti, Roffler, Sgier, Stocker, Thür-Suter, von Ballmoos, Walsler



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

29 d'avust 2023

31 d'avust 2023

700/2023

Incumbensa Adank

concernent meds legals efficazis cunter la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas

Resposta da la Regenza

Tar il punct 1: Cun il Cudesch penal svizzer (CP; CS 311.0) ed il Cudesch da procedura penala svizzer (CPP; CS 312.0) è il dretg decisiv reglà sin plaun federal, usche navant che quai è relevant per questa dumonda. Regulaziuns legalas chantunalas che cuntrafan a quai, èn inadmissiblas. Tenor il Cussegl federal tanschan ils instruments, che la CPP prevesa, per giuditgar ils delicts svelt ed en moda effizienta. La pratica da plirs onns mussa ch'i po – en spezial en il rom da la procedura da mandat penal (art. 352 ss. CPP) – tuttavia vegnir realisada ina «procedura directa» sco tala e vegnir pronunzià in mandat penal entaifer in fitg curt temp (cf. resposta dal Cussegl federal dals 14 d'avust 2019 a la moziun 19.3433: cusseglier nazional Jean-Luc Addor: Creaziun da dretgiras sveltas en Svizra). Tenor il Cussegl federal n'exista nagin basegn d'agir tar il dretg federal, quai ch'il Cussegl dals chantuns ha confermà ils 9 da december 2020 areguard la moziun Addor.

Tar il punct 2: Ils roms legals existents vegnan nizzegiads da las autoritads chantunalas. I ston mo vegnir concedids ils standards dal stadi da dretg e da la procedura penala. La Procura publica sa stenta da tractar svelt ils cas menziunads en l'incumbensa qua avant maun. Ella terminescha – sche pussaivel – ils cas denunziads, er sch'igl è enconuschent che anc ulteriurs cas èn pendants cunter la persuna pertutgada. Las proceduras pon uschia vegnir liquidadas pli svelt e las personas pertutgadas vegnir spustadas pli svelt en l'execuziun da chastis, sch'in chastis da detenziun (nuncundiziunà) sto vegnir pronunzià. En cas che na pon betg vegnir liquidadas tras in mandat penal, poi vegnir prendi influenza areguard il temp mo en moda limitada pervia da prescripziuns dal stadi da dretg.

Tar il punct 3: L'arrest d'inquisiziun vegn adina examinà e sche pussaivel proponì per impedir ulteriurs delicts e per prender las personas davent da la via. Las pretensiuns al motiv d'arrest essenzial en quests cas, numnadamain dal privel da recidiva, èn autas. Schizunt plirs tozzels delicts da facultad, e schizunt sch'igl import da delict è aut ed er sche donns materials u violaziuns da domicil vegnan vitiers, na tanscha quai – tenor las prescripziuns dal dretg federal e tenor la giurisdicziun ch'è vegnida relaschada latiers – per regla betg per approvar l'arrest d'inquisiziun. Tar l'execuziun da chastis anticipada na dovri betg mo in suspect d'avair commess in delict, mabain

er in motiv d'arrest spezial ed il consentiment resp. la dumonda da la persuna inculpada. En intgins cas èsi uschia reussì da tegnair davent las persunas per in tschert temp da la «giassa».

Tar il punct 4: Per «proceduras directas» sco talas ston ils fatgs esser simpels e la cumprova esser evidenta. Sch'i existan gia chastis precedents, quai ch'è savens il cas, na poi betg pli vegnir discurrì da fatgs simpels. Perquai ch'il chasti dependa da la vita anteriura, ston vegnir fatgs scleriments respectivs. Proceduras avertas en auters chantuns excludan savens talas proceduras, perquai ch'i sto l'emprim vegnir sclerida la dretgira cumpetenta. Per enguladitschs en negozis e per tscherts cas dal sector dals narcotics vegnan scrìts uschenumnads rapports cumpacts che mainan per regla gia oz svelto ad ina condemnaziun. Dentant na maina ina condemnaziun betg automaticamain ed immediatamain a l'execuziun da chastis.

Tar il punct 5: La Polizia da la citad da Cuira e la Polizia chantunala han augmentà a partir da l'avust 2023 anc ina giada lur preschientscha e lur activitad da controlla en ed enturn il Stadtpark. Controllas pli intensivass pon dentant chaschunar in spustament e/u ina sparpagliada da la scena, quai che po da sia vart procurar per effects negativs. Ultra da quai premetta la concentrasiun da forzas da la polizia ina renunzia ad autras activitads. A vista mesauna ed a lunga vista n'è quai betg pussaivel da prestar cun il dumber da persunal actual da tut las autoritads da persecuziun participadas. Il problem fundamental da la societad da malsognas da dependenza cun tut las consequenzas na po betg vegnir schlià tras repressiun. Pli curventas fissan la concentrasiun da persunal e da resursas en la prevenziun e las mesiras che vegnan actualmain instradadas cuminaivlamain dal chantun e da la citad da Cuira (p.ex. post da contact e da consultaziun, local da consum e.u.v.). En quest regard renviain nus er a la resposta da la Regenza davart la dumonda da la fracziun da la PPS concernent la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas en la regiun da Cuira dals 25 d'avrigl 2023 (prot. nr. 367/2023). Repressiun po mo esser in aspect parzial per resolver la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas. La situaziun po mo vegnir meglierada tras mesiras cumplessivas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar questa incumbensa sco suonda:

La Regenza vegn incumbensada, a) d'examinar e da realisar las mesiras necessarias che rinforzan duravlamain la pitga «repressiun» da la strategia da quatter pitgas da la politica da drogas, b) da dumandar – sche necessari – las resursas persunalas supplementaras necessarias per quest intent, c) senza dentant indeblir tut en tut las pitgas prevenziun, terapia e diminuziun dal donn.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di giugno 2023

Incarico Adank concernente mezzi efficaci contro la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti

Le indicazioni del Governo in risposta all'interpellanza di frazione UDC concernente la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti nella regione di Coira secondo le quali negli ultimi due anni la situazione nella zona della Città di Coira non sarebbe in generale peggiorata e la scena nello Stadtpark sarebbe stabile a un livello elevato si trovano in forte contrasto con le comunicazioni della Polizia cantonale, dell'associazione Überlebenshilfe nonché della Città di Coira.

Le cifre del rapporto relativo alla scena della droga della Città di Coira parlano chiaro: sia gli interventi della polizia della Città di Coira a seguito di segnalazioni sia il numero di siringhe ritrovate sono praticamente quadruplicati rispetto all'anno precedente, il numero di persone senza fissa dimora è raddoppiato e, stando alle indicazioni dell'associazione Überlebenshilfe e della polizia della Città di Coira, il numero di persone che frequentano lo Stadtpark è aumentato circa del 20 – 30 per cento in questo periodo. Queste cifre vengono fornite al Cantone a cadenza mensile.

Stando a un comunicato stampa del Cantone e a una presentazione della Polizia cantonale riguardante la statistica sulla criminalità 2022 del 17 marzo 2023 l'aumento dei reati punibili è correlato soprattutto alla criminalità legata all'acquisto di stupefacenti della crescente scena della droga di Coira, la quale «finanzia il consumo tramite i reati». Stando alla dichiarazione di un responsabile della Polizia cantonale, persone appartenenti alla scena della droga avrebbero arrecato danno a 40 – 50 persone prima che succedesse qualcosa. La Polizia cantonale sarebbe senz'altro favorevole se la legge autorizzasse più mezzi.

Occorre osservare che sia gli esperti sia le persone interessate (in passato) dalla problematica sottolineano che anche per i tossicodipendenti risultano maggiori opportunità se si trovano ad affrontare l'esecuzione della pena prima piuttosto che poi. In questo modo viene concessa loro una pausa, che può sempre essere sfruttata per uscire dal circolo vizioso della dipendenza.

Le firmatarie e i firmatari incaricano il Governo di rafforzare chiaramente le misure contro la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti della scena della droga. Ciò deve avvenire da un lato attraverso lo sfruttamento di tutto il margine di manovra del quadro legislativo esistente. D'altro lato, il Governo deve eventualmente proporre i necessari adeguamenti legislativi per conferire maggiori mezzi alle autorità d'azione penale.

Klosters, 15 giugno 2023

Adank, Degiacomi, Crameri, Bärtsch, Berweger, Bisculm Jörg, Brandenburger, Bundi, Butzerin, Candrian, Casutt, Cola Casalta, Cortesi, Della Cà, Dietrich, Dürler, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Gort, Grass, Heini, Hoch, Hohl, Hug, Kappeler, Koch, Krättli, Lehner, Maissen, Menghini-Inauen, Metzger, Morf, Natter, Oesch, Rauch, Rettich, Righetti, Roffler, Sgier, Stocker, Thür-Suter, von Ballmoos, Walser



Seduta del

29 agosto 2023

Comunicato il

31 agosto 2023

Protocollo n.

700/2023

Incarico Adank

concernente mezzi efficaci contro la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti

Risposta del Governo

In merito al punto 1: a livello federale, il diritto determinante rilevante per la questione oggetto dell'incarico viene disciplinato con il Codice penale svizzero (CP; RS 311.0) e il Codice di diritto processuale penale svizzero (CPP; SR 312.0). Regolamentazioni di legge cantonali contrarie al diritto federale di cui sopra sono inammissibili. Il Consiglio federale è del parere che gli strumenti previsti dal CPP siano sufficienti per giudicare i reati in modo rapido ed efficiente. Dalla prassi pluriennale emergerebbe che in particolare nel quadro della procedura del decreto d'accusa (art. 352 segg. CPP) è possibile eseguire una vera e propria "procedura immediata" ed emettere un decreto d'accusa nel giro di breve tempo (cfr. risposta del Consiglio federale del 14 agosto 2019 alla mozione 19.3433: Consigliere nazionale Jean-Luc Addor: Per una procedura di comparizione immediata in Svizzera). Il Consiglio federale ritiene che non vi sia necessità di agire nel diritto federale, ciò che è stato confermato il 9 dicembre 2020 dal Consiglio nazionale in relazione alla Mozione Addor.

In merito al punto 2: le autorità cantonali sfruttano il quadro legislativo esistente, per il quale devono essere garantiti gli standard dello stato di diritto e in materia di diritto processuale penale. La Procura pubblica si impegna per trattare velocemente i casi menzionati nel presente incarico. Porta a termine se possibile i casi denunciati anche se è noto che contro la persona in questione vi sono ancora altri casi in sospeso. In questo modo i procedimenti possono essere evasi più rapidamente e le persone interessate, se devono scontare una pena detentiva (senza condizionale), vengono condannate più velocemente all'espiazione della pena. Per i casi che non possono essere evasi tramite un decreto d'accusa è possibile esercitare un'influenza solamente limitata in termini di tempo a seguito delle direttive dello stato di diritto.

In merito al punto 3: la carcerazione preventiva viene sempre presa in esame e se possibile richiesta al fine di evitare ulteriori reati e di togliere le persone dalla strada. Il motivo di detenzione essenziale in questi casi, vale a dire il pericolo di reiterazione, presenta requisiti elevati. Conformemente alle direttive del diritto federale e alla relativa giurisprudenza, di norma il fatto che si tratti di più decine di reati contro il patrimonio, che l'importo dei reati sia elevato e che i reati comprendano anche danneggiamenti oppure violazioni di domicilio non è sufficiente per l'approvazione della carcerazione preventiva. In caso di esecuzione anticipata della pena, oltre al sospetto sono necessari un motivo di detenzione particolare e il consenso o la richiesta da parte

dell'imputato. In alcuni casi è stato possibile tenere le persone lontane dalla strada per un certo periodo.

In merito al punto 4: per una vera e propria "procedura immediata", la fattispecie deve essere semplice e la situazione probatoria deve essere chiara. In caso di precedenti penali, come spesso avviene, non è più possibile parlare di una fattispecie semplice. Poiché la pena dipende dai precedenti occorre procedere ai corrispondenti accertamenti. I procedimenti in sospenso in altri Cantoni escludono sovente tali procedure, poiché innanzitutto occorre chiarire il foro competente. Per furti nei negozi e determinati casi nel settore degli stupefacenti vengono allestiti cosiddetti "rapporti compatti" che di norma comportano già oggi una condanna rapida. Tuttavia, una condanna non porta automaticamente e immediatamente a un'esecuzione della pena.

In merito al punto 5: Da agosto 2023, la Polizia della Città di Coira e la Polizia cantonale dei Grigioni hanno nuovamente incrementato la propria presenza e la propria attività di controllo all'interno e nei dintorni dello Stadtpark. Controlli potenziati possono tuttavia comportare uno spostamento o una frammentazione della scena, ciò che a sua volta potrebbe avere conseguenze negative. Inoltre, la concentrazione delle forze di polizia comporta la rinuncia ad altre attività. A medio e lungo termine l'attuale effettivo in termini di personale di tutte le autorità di perseguimento penale coinvolte non è in grado di adempiere un tale incarico. Il problema sociale di base delle dipendenze con tutte le relative conseguenze non può essere risolto con la sola repressione. Sarebbe più efficace concentrare il personale e le risorse nella prevenzione e nell'attuazione delle misure avviate congiuntamente da Cantone e Città di Coira (ad es. servizio di contatto e di riferimento, locale per il consumo controllato, ecc.). A questo riguardo rimandiamo anche alla risposta del Governo all'interpellanza di frazione UDC concernente la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti nella regione di Coira del 25 aprile 2023 (prot. n. 367/2023). La repressione può essere solamente un elemento parziale per la soluzione della criminalità legata all'acquisto di stupefacenti. È possibile migliorare la situazione soltanto adottando misure globali.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare come segue l'incarico in oggetto:

Il Governo viene incaricato a) di esaminare e attuare le misure necessarie per rafforzare in modo duraturo il pilastro "repressione" della strategia basata su quattro pilastri della politica delle droghe, b) di richiedere se del caso le risorse in termini di personale necessarie a questo scopo, c) senza tuttavia indebolire i pilastri prevenzione, terapia e riduzione dei danni.



In nome del Governo

Il Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "P. Peyer".

Peter Peyer

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "D. Spadin".

Daniel Spadin